

# ANTRAG FÜR DIE LANDESKONFERENZ DER NRW JUSOS

## Landeskonzferenz 2011 der NRW Jusos: Antrag S10

### UMSATZSTEUER REFORMIEREN!

#### DAS UMSATZSTEUERDIKICHT ENTMISTEN

Die derzeitigen Regelungen des Umsatzsteuergesetzes sind kompliziert und werden zunehmend unübersichtlicher und widersprüchlicher. Der verringerte Umsatzsteuersatz in Höhe von 7 Prozent bietet ein Einfallstor für Interessengruppen jeglicher Art und verursacht einen enormen bürokratischen Aufwand für Finanzämter, Finanzgerichte und Unternehmen. Der ursprüngliche Sinn des verringerten Umsatzsteuersatzes bestand darin, Konsumenten mit niedrigem Einkommen zu entlasten und lebenswichtige Waren wie Nahrungsmittel nicht übermäßig zu verteuern. Faktisch besteht aber mittlerweile ein undurchsichtiges Geflecht aus speziellen, teils willkürlichen Ausnahmeregelungen, die unter Umständen wirtschaftspolitischen Zielen dienen, die mit der ursprünglichen Intention nicht vereinbar sind. Die oft bemühte Senkung des Satzes für Hotelübernachtungen ist weder verteilungspolitisch geeignet um Geringverdiener besserzustellen, noch geboten, um der Hotelbranche einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen.

Wir Jusos halten fest, dass die Umsatzsteuer nicht zur gutgemeinten Umverteilungspolitik erhalten darf, solange geeignetere Instrumente, wie die Einkommensteuer oder Arbeitslosengeld I und II, noch nicht ausgeschöpft sind. Die Umsatzsteuer ist eine Konsumsteuer. Wenn durch sie eine Gruppe finanziell entlastet werden soll, dann geschieht dies nur indirekt und unpräzise. Denn von einem ermäßigten Steuersatz für Kaffee profitiert nicht bloß ein ALG II-Empfänger, sondern auch alle anderen Verbraucher. Mithin kann es also bei stark ausdifferenzierten Steuersätzen zu erheblichen Mitnahmeeffekten kommen, sodass das eigentliche Ziel, die Entlastung einer bestimmten Gruppe, aus den Augen gerät. Eine progressive Einkommensteuer ist zielgenauer um Verteilungsgerechtigkeit herzustellen.

Insgesamt lassen sich die ermäßigten Bereiche in sechs Gruppen gliedern: Lebensmittel, Beherbergung und Verpflegung, Land- und Forstwirtschaft, Gesundheit, Kultur und Beförderungsleistungen. Aus verteilungspolitischer Sicht ergibt ein ermäßigter Steuersatz einzig im Bereich der Lebensmittel einen Sinn. Denn während das einkommensschwächste Fünftel der Bevölkerung durchschnittlich 14 Prozent ihrer Ausgaben für Nahrungsmittel verwendet, sind es beim einkommensstärksten Fünftel lediglich 8,2 Prozent. Außerdem steigt der prozentuale Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den Gesamtausgaben eines Haushaltes mit mehr Kindern. Zwar profitieren gerade die unteren Einkommensgruppen ebenfalls überproportional

## So erreicht ihr uns...

Sebastian Broch  
Ginsterweg 71  
42651 Solingen

Mail: [Sebastian.Broch@gmail.com](mailto:Sebastian.Broch@gmail.com)  
Mobil: 0178 1337034

 [www.facebook.com/Jusos.Solingen](http://www.facebook.com/Jusos.Solingen)

 [www.twitter.com/Jusos\\_Solingen](http://www.twitter.com/Jusos_Solingen)

vom verringerten Steuersatz bei den Beförderungsleistungen, jedoch kann die Förderung dieser Einkommensgruppe besser und zielgenauer etwa über das Einführen von Sozialtickets erreicht werden. Ähnlich verhält es sich mit den Ermäßigungen im Mobilitäts- und Sozial- und Kulturbereich.

Deshalb plädieren wir für die Abschaffung sämtlicher Ausnahmetatbestände mit Ausnahme der Lebensmittel.

**So erreicht ihr uns...**

Sebastian Broch  
Ginsterweg 71  
42651 Solingen

Mail: [Sebastian.Broch@gmail.com](mailto:Sebastian.Broch@gmail.com)  
Mobil: 0178 1337034

 [www.facebook.com/Jusos.Solingen](https://www.facebook.com/Jusos.Solingen)

 [www.twitter.com/Jusos\\_Solingen](https://www.twitter.com/Jusos_Solingen)